Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend Postboten und unsere Ausnehmer zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 89. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, den 17. April 1925

Händler oder Führer?

von Arthur Mahraun, Hochmeister des Jungdeutschen Ordens.

Als mit dem 9. November 1918 die moderne Demokratie in Deutschland verankert wurde, traten alle national gesinnten Volkskreise in den Widerstand gegen die neue Staatsform ein. In den breiten Massen war hierzu weniger der entscheidende Grund, daß die alten Dynastien ihre Herrschaft in Deutschland niedergelegt hatten — der wahre Grund lag in der Abscheu vor dem System, welches sich dann vor den Augen des Volkes entrollte. Es hat nicht lange gedauert, so sahen breite Massen des deutschen Volkes ein, daß die Verkündigung der neuen Staatsform keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung gegen früher bedeutete. Die Demagogie der Revolutionäre hatte einen großen Teil des Volkes mit einem grimmigen Haß gegen die alte Führerschaft im Staat erfüllt. Unter dem Ruf nach der Demokratisierung sollte nun eine neue Führerschaft geschaffen werden. Dies ist in den vergangenen fünf Jahren geschehen. Die führenden Geister der Parteien sind mit der Zeit zu den höchsten Stellen im Staate emporgestiegen. Aber führerloser wie heute hat unser armes unglückliches Volk noch nie dagestanden. Die neugeschaffene Führerschaft hat restlos versagt. Das Bild der Parlamente und die Schlag auf Schlag folgenden Bestechungsprozesse verdeutlichen diese Ansicht. Das deutsche Volk erkennt immer mehr, daß es nach der neuen Methode nicht besser, sondern schlechter geführt wird. Ist es da ein Wunder, daß der Ruf nach starken Männern immer lauter erschallt, der einst nur von wenigen ausgestoßen wurde, welche den heutigen Zustand schon vor Jahren vorausahnten? Es ist immer Deutschlands Unglück gewesen, daß es in schweren Zeiten schlecht geführt wurde. Waren die Deutschen gut geführt, dann haben sie immer Gewaltiges geleistet. Wenn aber ein Volk keine großen Männer hat, dann liegt es nicht etwa daran, daß ihm etwa diese Männer fehlen, sondern es liegt immer daran, daß die ganzen Verhältnisse die falschen Leute nach oben kommen lassen. Darum brauchen wir in der Untersuchung unserer deutschen Verhältnisse uns auch nicht darum zu sorgen, ob wir Führernaturen besitzen, sondern wir müssen das System untersuchen, welches heute die Führer nach oben spült. Das System ist das der parteistischen Demokratie. Persönlichkeiten, welche in diesem System nach oben getragen werden, müssen auf Grund der ganzen Gestaltung der Dinge händlerisch veranlagt sein. Die Politik der Parteien, alles was sie tun und zeitigen, ist ein ewiger Handel. Händlerisch ist die Methode, nach der die Parteien ihre Mitglieder werben. Händlerisch ist die Methode, nach der sie dieselben bei der Stange halten. Die Anpreisung der eigenen Güte und die Herabsetzung der Wettbewerber, nämlich der anderen Parteien, ist der leitende Grundsatz im Kampfe. Händlerisch muß daher auch der im Parteiwesen wurzelnde Führer sein Auftreten im politischen Geschehen gestalten. Nicht die große heilige Ueberzeugung, die nur von dem Staatswohl und dem Wohl aller Volksgenossen bestimmt wird, sondern nur die Zweckmäßigkeit einer dem Wohle der Partei dienenden Taktik entscheidet selbst über das Größte. Kein Wunder, daß hier von einer Einheit, die sich doch selbstverständlich aus dem gemeinsamen Dienst am Vaterland ergeben müßte, keine Rede sein kann. Wie bei jedem Handel spielt natürlich auch im Leben des Staates, wenn er nach händlerischen Gesetzen aufgebaut ist, das Geld die größte Rolle. So lange also der Händlerstaat der parteistischen Demokratie besteht, werden in Wirklichkeit einzelne große Geldleute die letzte Entscheidung in der Hand halten. So sind alle parteistischen Demokratien der Welt allmählich in reine Geldherrschaften umgewandelt. Einzelne große Plutokraten regieren die Völker und die Parlamente führen ein Schattendasein von Volksvertretung, was ihnen nur deshalb nicht einleuchtet, weil sie nicht merken, daß das Tagwerk des Parteikampfes ihr ganzes Denken erfüllt. Aus diesem Zustand kann für Deutschland kein Heil kommen. Das hat die Masse des Volkes bereits erkannt und das erkannte vor allen Dingen der Teil der nationalen Bewegung, der von vornherein in einem gewissen Gegensatz zu dem ganzen Parteiwesen groß wurde. Umsomehr also erschallt aus allen diesen Volkskreisen der Ruf nach einer Umgestaltung der Dinge. Die alte Forderung nach starken Männern hat nunmehr eine bejahende Gestaltung angenommen. Die Rufer haben erkannt, welche weltanschaulichen Gegensätze ihren Wünschen und Gefühlen zugrunde liegen. Heute ruft ein großer Teil der nationalen Bewegung nicht deshalb mehr nach dem starken Mann, weil die Erinnerung an die Größe des Vaterlandes unter einem Großen Friedrich, einem Stein oder einem Bismarck sie dazu treibt, heute rufen die Männer deshalb nach dem starken Mann, der allem Hadern der Parteien entrückt ist, weil sie die elementare Gegensätzlichkeit zwischen Händlerstaat und Führerstaat erkannt haben. Der deutschen Art und dem deutschen Wesen liegt eben das Händlerische weniger als das Schöpferische und Gestaltende. Ewige Gesetze von Christentum und Deutschtum, welche die weltanschaulichen Vorbedingungen eines freien Staatswesens sind, sind die Grundlagen des wahren Führertums. Taktische und zweckdienliche Erwägungen für den eigenen Gewinn für morgen und übermorgen bestimmen den Händler zur Tat. Es war die Sendung der vaterländischen Bewegung, sich in dieser Wesensfrage in allen Handlungen und Belangen so einzustellen, daß alles der Einkehr zum Führerstaat diente. Aber ein Teil der nationalen Bewegung ist bereits von den händlerischen Methoden völlig umstrickt. Man wollte den Teufel durch Beelzebub austreiben, darum gründete man auch Parteien und darüber hinaus beteiligten sich diese Parteien an der parlamentarischen Börse. Nun haben wir wohl eine große nationale Bewegung, in der überall dieselben oder ähnliche Worte geprägt werden, aber ein Teil derselben droht im händlerischen System zu verkommen. Beelzebub sollte den Teufel austreiben, aber er hat sich mit ihm befreundet.

Um so ernster ruht auf den Schultern derjenigen nationalen Organisationen, die auf Grund ihrer ganzen Natur, ihres Wollens und ihrer Zielsetzung den Hauptkampf für den deutschen Führerstaat zu tragen haben, die ungeheure Aufgabe, in dieser Schicksalsstunde des deutschen Volkes den einmütigen Willen zum Ausdruck zu bringen, daß Deutschland nicht den Weg anderer Staaten der Welt, nämlich über die moderne Demokratie zur Plutokratie, geht, sondern sich zum Führerstaat entwickelt. Die nationale Bewegung war heute noch nicht stark genug, um diesen ihren festen Willen zu vertreten. Viele ihrer Führer hatten die weltanschaulichen Gegensätze noch nicht erkannt. Darum muß sie neu geordnet werden, sie muß sich nach den beiden weltanschaulichen Gegensätzen formieren, damit ihre Stimme mehr Gewicht erhält.

Der Jungdeutsche Orden steht in der Front der revolutionären Entwicklung zu einem neuen Staatswesen. Er selbst steht in seiner ganzen Art auf dem Boden des Führerstaates. Er ist in dieser Zeit mit der händlerischen Weltanschauung auf das schwerste zusammengestoßen. Möge der Kampf entbrennen. Wir fürchten ihn nicht. Wir werden nie und nimmer nach händlerischen Gesetzen unser Tun und Lassen einrichten. Für uns gibt es keine Taktik, sondern nur den Vormarsch zu einem einzigen Ziel — das ist die Wiedererrichtung des deutschen Volksstaates. Wer dorthin will, ist unser Bundesgenosse.

Reichsminister Dr. Neuhaus über die deutsche Wirtschaft

Berlin, 16. April. Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat gestern nachmittag zusammen, um die Etatberatungen fortzusetzen. Die Beratungen wurden eingeleitet mit einer Programmrede des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus. Er erklärte, es seien in der Hauptsache zwei Gruppen von Schwierigkeiten, welche dem Fortgang unserer Wirtschaft entgegenstünden; erstens die mannigfachen Folgeerscheinungen der Kriegs- und Nachkriegsblockade und dann die außen wie innen schwer auf uns lastende Kapitalnot. In erster Linie sei es notwendig, die geänderten Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt und die Konkurrenzmöglichkeiten der Innenwirtschaft auf dem Weltmarkt neu zu erkunden. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat, die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, alle Erwerbsstände hätten in dieser Richtung in den letzten Epochen Vorbildliches geleistet. Es sei eine Aufgabe der Regierung, die Neuorientierung der deutschen Wirtschaft zu fordern. In unserer Handelspolitik sei der Zeitpunkt für Dauermaßnahmen noch nicht gekommen. An dem Grundsatz der gegenseitigen Meistbegünstigungen müsse vor allem festgehalten werden. Der Minister machte dann vertrauliche Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der Handelsvertragsverhandlungen. Er ging dann weiter auf die Pariser Sachleistungsverhandlungen ein, deren Abschluß noch in diesem Monat zu erwarten sei. Im Zusammenhang mit der Dawes-Gesetzgebung erwähnte er die Regelung der Exportabgabe und das Industriebelastungsgesetz. Bei der Durchführung des Gesetzes habe sich ergeben, daß die Betriebsvermögen der belasteten industriellen Unternehmungen die veranschlagte Summe von rund 30 Milliarden überstiegen haben. Der Anteil der Belastung konnte daher von 17,1 auf 15,8 v. H. herabgesetzt werden. Es müsse sich der Gedanke durchsetzen, daß Lohnforderungen und soziale Lasten in unserer gegenwärtigen Lage nur dann tragbar seien, wenn sie nicht zu einer Erhöhung der Preise führten. Die Sicherung hochqualifizierter Facharbeiter werde vor allem durch die Förderung eines gesunden Handwerkerstandes gewährleistet. Der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes werde demnächst vorgelegt werden. Die zweite Voraussetzung zur Wiedergewinnung eines belebenden Absatzes im Auslande sei die Verbesserung unserer Lieferungsbedingungen. Der Begriff „Freibleibend" müsse verschwinden. Die wichtigste Voraussetzung für unsere Konkurrenzfähigkeit liege aber in der Preisgestaltung. Mit zwangswirtschaftlichen Mitteln sei nichts zu erreichen. Es sei natürlich, daß sich die innere Kapitalbildung in Deutschland nur langsam vollziehe. Ueber die Frage der Nutzbarmachung langfristiger Kreditbedürfnisse, insbesondere der Landwirtschaft, werden in den nächsten Tagen Beratungen der bestehenden Körperschaften stattfinden. Aus Mitteln der Reichspost würden 30 Millionen für den gewerblichen Mittelstand zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werde aber versucht, dem Mittelstandskreditwesen eine festere und modernere Gestaltung zu geben. Aber alle diese hoffnungsreichen Ansätze innerer Kapitalbildung dürften nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir für die nächste Zeit noch in erheblichem Umfange auf das Hereinströmen ausländischen Kapitals angewiesen bleiben. Um dieses Kapital zur Anlage in Deutschland anzuregen, müßten unser Reichsbankdiskont und unsere Zinssätze noch höher bleiben als die des Auslandes. Der Minister führte weiter aus, daß die Passivität unserer Handelsbilanz mit rund vier Milliarden und die Steigerung des Devisenfonds der Reichsbank einen Anhaltspunkt für die Höhe der neuen und wieder hereingeströmten ausländischen Devisen bieten. In der Anwendung der ausländischen Devisen sei nach dem Ergebnis der Handelsbilanz die erforderliche Wirtschaftlichkeit noch nicht erreicht. Zum Schluß wies der Minister angesichts unserer schweren Wirtschaftslage im Innern und nach außen auf die Notwendigkeit eines verständigen, sachlichen Zusammenarbeitens des Reichswirtschaftsministeriums mit den beratenden und gesetzgebenden Körperschaften hin. Er gedachte dabei auch des Entwurfes zum endgültigen Reichswirtschaftsrat.

Ein Kabinett Painlevé mit Briand und De Monzie.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 15. April. Painlevé hat endgültig die Regierungsbildung übernommen. Oevre nennt die Ministerliste wie folgt: Ministerpräsident und Kriegsminister: Painlevé; Justiz: Renoult; Finanzen: De Monzie; Inneres: Chautemps; Marine: Dumesnil; Handel: Loucheur; Kolonien: Archimbaud; Landwirtschaft: Queuille; Wiederaufbau: Dalbiel; Oeffentliche Arbeiten: Mathieu; Sanktionen: Auterion; Arbeitsministerium: Laval und Oeffentlicher Unterricht: Chaumet. Das Blatt sagt nicht, ob die Liste offiziell ist.

Fortsetzung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 16. April. Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, die sofort nach den Osterfeiertagen wieder aufgenommen werden sollten, haben infolge des Rücktritts des Kabinetts Herriot eine Verzögerung erfahren. Gelingt es, das neue Kabinett heute oder morgen zu bilden, so werden die Wirtschaftsverhandlungen wahrscheinlich am Freitag fortgesetzt werden.

Die Pariser Kammer nimmt die Finanzvorlage an.

Paris, 16. April. Die Kammer hat gestern abend die am Nachmittag eingebrachte Finanzvorlage mit 345 gegen 29 Stimmen angenommen. Die Emissionsgrenze wird demnach von 41 auf 45 Milliarden und die Vorschußgrenze von 22 auf 26 Milliarden Franken erhöht.

Der Scheich Said gefangen.

London, 16. April. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß Scheich Said, der Führer des Kurdenaufstandes, in der Gegend von Gheudsands gefangengenommen worden ist. Er wird vor ein Kriegsgericht gestellt und wahrscheinlich gehängt werden.

Attentat auf Bulgariens König.

Zwei Begleiter getötet.

Auf der Straße von Orchania nach Sofia wurde ein Hofautomobil, in dem sich König Boris befand, von einer Räuberbande überfallen. Der Leibjäger und ein junger Naturforscher Namens Iltscheff wurden getötet und der Chauffeur verwundet. Der König selbst blieb unverletzt und kehrte nach Sofia zurück. Eine Truppenabteilung ist sofort zur Verfolgung der Bande abgesandt worden. Man vermutet, daß die Attentäter der agrar-kommunistischen Vereinigung angehören. In der Sobranje herrschte großer Jubel, als Ministerpräsident Zankow dem versammelten Hause von dem mißlungenen Überfall Mitteilung machte.

Der Zentralausschuß der Bauernpartei, an dessen Spitze der ehemalige Bauernminister Zanko Bakaloff steht, hat mit Ministerpräsident Zankow eine Besprechung wegen einer Amnestierung der beschuldigten Mitglieder der Bauernpartei gehabt. Der Zentralausschuß gab die Versicherung ab, daß die Partei der kommunistischen Einheitsfront keine Unterstützung mehr gewähren

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF